



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 31.01.2025 bis 07.02.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Christlicher Konvertit nach 3 Jahren frei	3
Ägypten: Zwei Christen nach drei Jahren Willkür-Haft freigelassen	4
China: Pastor zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er christliches Material verteilt hat	6
D.R. Kongo: Bischof von Goma: "Der Waffenstillstand hält,	7
D.R. Kongo: Christliche Hilfswerke trotz Waffenruhe besorgt	8
D.R. Kongo: Wazalendo-Milizen verzeichnen großen Zulauf	10
D.R: Kongo: Ohne Strom und Wasser	11
Deutschland: Antisemitismus „häufiger und schamloser“	12
Deutschland: Verfahren gegen Erdinger Pfarrer wegen Volksverhetzung eingestellt	13
Europa: Christliche Gebets-App „Hallow“ verboten	14
Indonesien: Mögliche Amnestie für politische Gefangene in Papua	15
Indonesien: Muslime lehnen Freundschaftsfest in Palu mit kanadischem Pastor ab	16
Iran: Haftzeit von Christen versechsfacht	17
Kirgistan: Neues repressives Religionsgesetz ab 1. Februar in Kraft	18
Myanmar: Vier Jahre nach dem Putsch	19
Pakistan/EU: EU warnt Pakistan wegen Menschenrechten. Präferenzhandelsstatus könnte gefährdet sein.	20
Pakistan: Blasphemievorwürfe gegen drogenabhängigen Christen	22
Pakistan: Christliche Zwillingbrüder vom Vorwurf der „Blasphemie“ freigesprochen	23
Sierra Leone: Frauen vor der Beschneidung schützen	24
Sudan: Vormarsch der Armee auf Khartum	25
Südsudan: Tausende Menschenleben gefährdet	26
Vietnam: Einheit im gespaltenen Land	27

# Ägypten: Christlicher Konvertit nach 3 Jahren frei

**Er hatte wegen seines Glaubenswechsels im Jemen Todesdrohungen erhalten**

Kairo/Wien (IDEA) – Nach drei Jahren in ägyptischer Haft ist der christliche Konvertit Abdulbaqi Saeed Abdo aus dem Gefängnis entlassen worden. Dies berichtete die Menschenrechtsorganisation ADF International (Allianz zur Verteidigung der Freiheit/Wien). Der aus dem Jemen stammende fünffache Familienvater war 2021 von den ägyptischen Behörden verhaftet worden. Er hatte sein Heimatland verlassen, nachdem er aufgrund seines Glaubenswechsels vom Islam zum Christentum Todesdrohungen erhalten hatte. Laut ADF International nahm Abdo in einer privaten Facebook-Gruppe an theologischen Diskussionen mit anderen christlichen Konvertiten teil. Die Plattform dient der Unterstützung von Muslimen, die zum Christentum übergetreten sind. Aufgrund seiner Inhaftierung benannten ihn die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM/Frankfurt am Main) und IDEA gemeinsam mit einem weiteren Christen zum „Gefangenen des Monats Juni 2024“. Während seiner Haftzeit wurde Abdo mehrfach zwischen verschiedenen Gefängnissen verlegt. Er litt an schweren gesundheitlichen Problemen und durfte nur selten Besuch von seiner Familie oder seinen Anwälten empfangen. Im August 2024 trat er aus Verzweiflung in einen Hungerstreik. Gegenüber ADF erklärte er: „Ich habe im Gefängnis viele Entbehrungen ertragen. Es ist nicht richtig, dass eine Regierung mich von meiner Familie trennt und unter diesen schrecklichen Bedingungen festhält, nur weil ich mich friedlich für meinen Glauben entschieden habe.“ Nach seiner Freilassung äußerte er Dankbarkeit gegenüber allen, die in dieser Zeit für ihn gebetet hatten. Die Direktorin für globale Religionsfreiheit bei ADF International (Washington/USA), Kelsey Zorzi, verurteilte die Inhaftierung scharf: „Die willkürliche Verhaftung dieses Ehemannes und Vaters ohne Strafprozess sowie die fehlende Möglichkeit, sich gegen die Anschuldigungen zu verteidigen, sind schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen.“ Die friedliche Äußerung des eigenen Glaubens sei kein Verbrechen – weder in Ägypten noch irgendwo sonst auf der Welt, betonte Zorzi. Der Fall Abdo mache deutlich, wie weitreichend die staatliche Zensur im digitalen Zeitalter sei – eine Entwicklung, die die Welt nicht ignorieren dürfe.

# Ägypten: Zwei Christen nach drei Jahren Willkür-Haft freigelassen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/07.02.25 - Zwei christliche Konvertiten vom Islam, die drei Jahre lang ohne Gerichtsverfahren in einem ägyptischen Gefängnis eingesperrt waren, sind freigelassen worden.

Abdulbaqi Saeed Abdo ([wir berichteten](#)) und Nour Girgis wurden am 25. Januar freigelassen. Beide waren [seit 2021](#) wegen Blasphemievorwürfen in „Untersuchungshaft“ festgehalten worden.

Abdo, der aus dem Jemen stammt und aufgrund der Verfolgung, die er dort erlitten hatte, den Flüchtlingsstatus der Vereinten Nationen hatte, ist nach Kanada geflohen, wo er mit seiner Familie wiedervereint wurde. Menschenrechtsaktivisten haben den Aufenthaltsort von Girgis, gegen den noch Anklage erhoben wurde, nicht öffentlich bekannt gegeben.

Agenten des ägyptischen Nationalen Sicherheitsdienstes (NSA) führten im Dezember 2021 eine Razzia in Abdos Haus durch, beschlagnahmten drei Laptops und verhafteten ihn. Die Razzia in Abdos Haus fand statt, nachdem er in einem christlichen Fernsehsender über die Verfolgung von Christen im Jemen gesprochen hatte.

Die ägyptischen Behörden identifizierten Abdo später als Mitglied einer privaten Facebook-Gruppe für Konvertiten vom Islam und beschuldigten ihn, „sich einer terroristischen Vereinigung mit Kenntnis ihrer Ziele angeschlossen zu haben“ und „die islamische Religion zu verachten“. Die Polizei identifizierte auch Girgis als Mitglied der mutmaßlichen Gruppe und verhaftete ihn unter denselben Anklagepunkten.

Menschenrechtsaktivisten in Ägypten und im Ausland bezeichneten die Anschuldigungen gegen die beiden Christen bestenfalls als zweifelhaft. Sean Nelson, Rechtsberater für globale Religionsfreiheit bei Alliance Defending Freedom (ADF) International, der Teil eines Teams war, das sich für ihre Freilassung einsetzte, sagte, es sei „erstaunlich“, dass Abdo wegen seiner Facebook-Aktivitäten angeklagt wurde.

„Sie hatten überhaupt keinen Grund, ihn festzuhalten“, sagte Nelson gegenüber Morning Star News. „Er hat überhaupt kein Verbrechen begangen. Wir sind sehr froh, dass er freigelassen wurde. Er war über drei Jahre lang wegen seiner Beteiligung an einer christlichen Facebook-Gruppe dort.“

Die Rechtswidrigkeit der Anklage wurde durch die lange Zeit, die die Männer in Haft verbrachten, vermutlich in Erwartung des Prozesses, noch verstärkt, so die Rechtsvertreter. Nach ägyptischem Strafrecht darf jemand wegen eines schweren Verbrechens höchstens zwei Jahre ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden. Abdo und Girgis hätten bis Dezember 2023 freigelassen werden müssen oder ihre Prozesse hätten beginnen müssen, aber Beamte des Innenministeriums, die routinemäßig gegen ägyptisches Recht verstoßen, weigerten sich laut Rechtsvertretern, sie freizulassen.

Als Reaktion auf seine rechtliche Grauzone und vielleicht aus Verzweiflung hatte Abdo einen Brief an seine fünf Kinder und seine Frau geschrieben, in dem er mitteilte, dass er aus Protest gegen seine Inhaftierung die medizinische Versorgung verweigern und in den Hungerstreik treten werde.

„Sie haben mich ohne rechtliche Grundlage verhaftet. Sie haben mich wegen keiner Gesetzesübertretung verurteilt“, schrieb Abdo in dem Brief, der später veröffentlicht wurde. „Und sie haben mich während meiner Untersuchungshaft, die vor acht Monaten endete, nicht freigelassen.“

Die Haftbedingungen für die beiden Männer waren laut Nelson sehr schlecht. Abdo wurde in Einzelhaft gehalten, erhielt keine medizinische Behandlung und musste mit einer Art Notration auskommen. Der Hungerstreik „war eine Art letzter Hilferuf, dass [die Bedingungen] unerträglich wurden“, sagte Nelson.

Er fügte hinzu, dass er sich nicht sicher sei, warum die ägyptischen Behörden unter Präsident Abdel Fattah el-Sisi beschlossen hätten, sie freizulassen, aber dass der Hungerstreik viel Aufmerksamkeit auf den Fall gelenkt habe.

„Ich glaube, das hat ihm wirklich internationale Unterstützung verschafft“, sagte Nelson gegenüber Morning Star News. „Und ich glaube, dass die Menschen auf der ganzen Welt der Meinung waren, dass niemand wegen seines Glaubens so etwas durchmachen sollte.“

Die ägyptische Regierung verfolgt seit jeher Konvertiten, die den Islam verlassen haben. Laut christlichen Leitern in Ägypten überwacht die Regierung regelmäßig kirchliche Einrichtungen, um Muslime aufzuspüren, die sich möglicherweise im Prozess der religiösen Bekehrung befinden. Die ägyptische Nationale Sicherheitsbehörde (NSA) schikaniert Konvertiten, die ihnen auffallen, insbesondere diejenigen, die in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erregt haben.

„Sie betrachten sie als Bedrohung für die nationale Sicherheit“, sagte Nelson und fügte hinzu, dass die ägyptische Regierung der Meinung sei, dass die Aktivitäten von Konvertiten, die sich öffentlich äußern, zu öffentlichen Unruhen und mangelnder Harmonie im Land führen würden, weshalb Beamte gegen jede öffentliche religiöse Meinungsverschiedenheit vorgehen. „Aber was sie tatsächlich tut, ist, einen weniger sicheren Staat zu schaffen. Ich hoffe, dass die ägyptische Regierung erkennt, dass Christen keine Gefahr darstellen und keine Bedrohung für die nationale Sicherheit sind. Sie leben nur ihren Glauben aus. Die Menschen, die andere wegen ihres Glaubens verfolgen, sind die wahren Sicherheitsbedenken.“

Artikel 98(f) des ägyptischen Strafgesetzbuches verbietet die Beleidigung einer „himmlischen Religion“, nämlich des Islam, des Christentums und des Judentums. Zuwiderhandelnde müssen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren rechnen, wobei das Gesetz eine Mindesthaftstrafe von sechs Monaten vorsieht.

Das Gesetz, das im Wesentlichen als „Blasphemie“-Gesetzgebung Ägyptens gegen die Beleidigung von Religionen fungiert, ist wegen Verstoßes gegen die verfassungsmäßigen Garantien des Landes auf freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit in die Kritik geraten. Das Gesetz wird fast ausschließlich gegen Kritik am Islam eingesetzt und nur selten gegen häufige, öffentliche antichristliche Äußerungen.

Menschenrechtsaktivisten sind der Meinung, dass das Gesetz zwischen ehrlicher Religionskritik und Äußerungen, die ausdrücklich zu Gewalt anstiften sollen, unterscheiden muss, dass aber Richter und Polizei in jedem Fall zugunsten der Muslime und gegen die koptischen Christen voreingenommen sind.

Seit die ägyptische Verfassung 2014 per Referendum verabschiedet wurde, gab es zahlreiche, öffentlichkeitswirksame Blasphemiefälle, die gegen koptische Christen und Konvertiten unter dem Vorwurf entweder erfundener oder falscher Anschuldigungen eingereicht wurden, so Menschenrechtsaktivisten.

Abdo ist Verfolgung nicht fremd. 2014 wurde seine erste Frau getötet, nachdem eine Flasche, von der angenommen wurde, dass sie Speiseöl enthielt, beim Kochen explodierte. Abdo konnte seine Frau in ein Krankenhaus bringen lassen, aber die Verletzungen waren schwerwiegend und sie starb fast zwei Wochen später.

Niemand wurde jemals im Zusammenhang mit ihrem Tod verhaftet, aber nach dem Brand erzählte ein Verwandter Abdo, dass sein eigener Bruder und einer der Brüder seiner Frau das Speiseöl aus der Flasche abgelassen und durch Benzin ersetzt hatten. Als das Benzin auf die Pfanne traf, die sie zum Zubereiten des Frühstücks verwendete, verwandelte es die Flasche in eine Brandbombe.

Zum Zeitpunkt seiner Verhaftung in Ägypten hatte Abdo aufgrund der Verfolgung, der er im Jemen ausgesetzt war, den Flüchtlingsstatus der Vereinten Nationen.

Ägypten rangiert auf Platz 40 der Open Doors-Weltrangliste 2025 der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein.

<https://morningstarnews.org/2025/02/two-christians-in-egypt-released-after-three-years-in-jail/>

# China: Pastor zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er christliches Material verteilt hat

International Christian Concern - Die langwierige Geschichte zwischen dem Volksgericht des Bezirks Shunde in Foshan, Guandong, und der Shengjia House Church scheint ein Ende zu finden.

Am 17. Januar verurteilte das Volksgericht den Prediger Deng Yanxiang zu zwei Jahren Gefängnis. Er soll im Mai entlassen werden, da er bereits mehr als 18 Monate verbüßt hat.

Prediger Deng Yanxiang gehört zu den vier anderen Mitgliedern seiner Hauskirche, die wegen angeblicher illegaler Geschäfte inhaftiert wurden. Die Anklagen stehen im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen der Kirche, darunter Tägliche Bibellese und -auslegung, die verkauft und an Einheimische verteilt wurden.

Diese fünf Christen aus Shengjia wurden im August 2023 wegen ihrer christlichen Literatur und Materialien verhaftet. Örtliche Christen haben gesagt, dass Anklagen durch lokale kommunistische Beamte wegen Betrugs und „illegaler Geschäfte“ häufig gegen nicht registrierte Hauskirchen in ganz China erhoben werden.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# D.R. Kongo: Bischof von Goma: "Der Waffenstillstand hält,

aber die Menschen haben Angst"

Kinshasa (Fides) - „Die Stadt ist ruhig, aber die Menschen haben immer noch Angst, ihre Häuser zu verlassen, weil die Sicherheit nicht vollständig gewährleistet ist“, berichtet Willy Ngumbi Ngengele, Bischof von Goma, im Gespräch mit Fides aus der Hauptstadt der kongolesischen Provinz Nordkivu, die am 27. Januar von der Rebellenbewegung M23 eingenommen wurde. „Die Schulen sind noch weitgehend geschlossen, auch weil viele Schulgebäude bei den Kämpfen beschädigt oder zerstört wurden“, berichtet Bischof Ngengele. „Am schlimmsten ist die Situation in den Krankenhäusern, die aufgrund der hohen Verletzenzahlen und des Mangels an Medikamenten und Ausrüstung an ihrer Belastungsgrenzen stoßen.“ „Die Internetverbindungen sind nach wie vor schwierig, die Menschen müssen sich mit Behelfslösungen arrangieren, um mit der Außenwelt in Verbindung zu bleiben“, so der Bischof weiter.

Etwa eine Million Binnenvertriebene aus den ländlichen Gebieten in der Provinz Nordkivu, die zuerst von den Kämpfen betroffen waren, leben in Goma. Ihre Lage ist derzeit ungewiss, denn, wie Bischof Ngengele berichtet, wurden „die Flüchtlingslager geschlossen und diejenigen unter den Vertriebenen, die noch ein Zuhause haben, kehren in ihr Heimatdorf zurück. Diejenigen, die das nicht können, bleiben in Goma unter prekären Bedingungen“.

Gestern, am 3. Februar, hat die M23 „aus humanitären Gründen“ eine einseitige Waffenruhe ausgerufen, die heute in Kraft getreten ist. „Im Moment hält der Waffenstillstand, aber die Menschen haben immer noch Angst, sich nach draußen zu wagen, weil sie sich nicht ganz sicher fühlen“, sagt der Bischof.

Im Bemühen um eine friedliche Lösung der Krise, wurde gestern eine Delegation der katholischen Bischofskonferenz des Kongo (CENCO) von Präsident Félix Tshisekedi in Kinshasa empfangen. Bei den Gesprächen wurde dem Staatschef ein Versöhnungsplan vorgestellt, den die CENCO gemeinsam mit der protestantischen „Église du Christ au Congo“ (ECC) erarbeitet hat. „Die beiden Kirchen haben die Initiative ergriffen, dieses Projekt auszuarbeiten, um aus der Krise herauszukommen. Wir haben es heute dem Staatsoberhaupt vorgestellt, der es mit großer Aufmerksamkeit entgegen genommen hat; er hat es sehr geschätzt und uns ermutigt. Es sei ein lobenswertes Projekt“, so der Generalsekretär der Bischofskonferenz, Donatien Nshole, am Ende der mehr als einstündigen Audienz.

(L.M.) (Fides 4/2/2025)

# D.R. Kongo: Christliche Hilfswerke trotz Waffenruhe besorgt

## Angst vor erneuten Kämpfen ist in der Bevölkerung groß

Goma/Bukavu (IDEA) – In der Demokratischen Republik Kongo hat die Rebellenmiliz M23 eine Waffenruhe ausgerufen. Die dort tätigen christlichen Hilfswerke sind dennoch besorgt und berichten, dass die humanitäre Lage weiter dramatisch sei. Am 27. Januar hatte die Miliz die Provinzhauptstadt Goma (Provinz Nord-Kivu) zusammen mit Soldaten aus Ruanda unter ihre Kontrolle gebracht. Medienberichten zufolge starben bei den vorangegangenen Kämpfen mindestens 900 Menschen. Die M23 rückte auch gegen die Provinzhauptstadt Bukavu (Süd-Kivu) vor. Im Zuge der Waffenruhe äußerten die Rebellen, die Stadt jedoch nicht erobern zu wollen. Experten bezweifeln dies jedoch.

### „Hoffnungszeichen“: Angst vor Kämpfen in Bukavu

Die in Bukavu tätige christliche Hilfsorganisation „Hoffnungszeichen“ (Konstanz) berichtet, dass in der Bevölkerung große Angst vor erneuten Kämpfen herrsche. Wie der Erste Vorstand des Werks, Klaus Stieglitz, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA äußerte, sind bereits viele Familien geflohen. Zahlreiche internationale Hilfswerke hätten ihre Mitarbeiter evakuiert. Auch ein Partnerwerk von „Hoffnungszeichen“ sei noch vor Ort. Sollte die Sicherheitslage aber weiter eskalieren, müsse man Tätigkeiten massiv einschränken. Das Partnerwerk kümmert sich vor allem um Straßenkinder. Stieglitz zufolge werden die Lebensmittel derzeit knapp und teuer. „Dies und die Angst vor Kämpfen in der Stadt rauben den Ärmsten, die täglich ums Überleben kämpfen, jede Zuversicht“, so Stieglitz. Er befürchtet zudem eine Zunahme des Flüchtlingsstroms. Der Repräsentant von „Hoffnungszeichen“ in Ostafrika, Rob Osborne, verwies auf die extreme Instabilität der Waffenruhe. Im Ostkongo seien über 100 bewaffnete Gruppen aktiv. Viele von ihnen hätten der Waffenruhe nicht zugestimmt.

### World Vision: Flüchtlinge in Goma schwer erreichbar

Das christliche Kinderhilfswerk World Vision berichtet von einer „gespenstischen Ruhe in den Lagern bei Goma“. Nach dem Ende der Kämpfe um die Provinzhauptstadt hätten Zehntausende Flüchtlinge ihre Lager auf der Suche nach Nahrung und Wasser verlassen. Der Programmdirektor von World Vision für den Ostkongo, David Munkley, erklärte: „Da die Geflüchteten jetzt versprengt in der Stadt unterwegs oder in die Kivu-Region nördlich von Goma zurückgekehrt sind, ist es schwieriger geworden, sie mit Hilfsgütern zu erreichen.“ Besonders dringend benötigten Kinder und stillende Mütter Hilfe, heißt es weiter. Zum Teil karnpierten sie an Straßenrändern und seien Überfällen schutzlos ausgeliefert. Vor allem in den Außenbezirken Gomas komme es immer wieder zu Schießereien. Das Hilfswerk musste seine Arbeit aufgrund der Kämpfe zeitweise einstellen, will aber seine Aktivitäten bald wieder aufnehmen.

### „Projekt Tandandale“ fordert entschlossenes Handeln der Bundesregierung

In einem offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz beklagte der ehemalige Missionar und Gründer des Vereins „Projekt Tandandale“, Horst Schulze (Herne), das Schweigen der deutschen Regierung zu den aktuellen Kämpfen im Kongo. Schulze habe das Außenministerium bereits 2022 auf eine drohende Eroberung des Ostkongos durch Ruanda hingewiesen. Dieses habe damals jedoch keine Gefahr erkennen können. Der pensionierte Lehrer verwies überdies auf die weiterhin fließende deutsche Entwicklungshilfe an Ruanda, die indirekt zur weiteren militärischen Expansion genutzt werden könnte, und forderte konkrete Maßnahmen. Der Verein „Projekt Tandandale“ unterstützt Pygmäen-Völker im Kongo.



## Hilfsgelder von deutschen Kirchen

Die Vereinte Evangelische Mission (VEM) sowie die Landeskirchen im Rheinland, in Westfalen und in Kurhessen-Waldeck stellten eine Soforthilfe von 50.000 Euro bereit. Das Geld ging an die Baptistenkirche in Zentralafrika (CBCA) und soll Binnenflüchtlingen im Ostkongo zugutekommen. 13 der 19 Kirchenkreise der CBCA liegen im aktuellen Konfliktgebiet. Sie gehört der Gemeinschaft der VEM an. Seit über 30 Jahren kommt es im Nordostkongo immer wieder zu Kämpfen zwischen der kongolesischen Armee und zahlreichen bewaffneten Gruppierungen, wie etwa der Rebellenmiliz M23. Es geht dabei um den Zugang zu zahlreichen Bodenschätzen der Region. Die jüngsten Eskalationen könnten Experten zufolge zu einem Krieg zwischen Ruanda und dem Kongo führen. Am kommenden Wochenende ist ein Krisengipfel der Ostafrikanischen Gemeinschaft geplant. Während Ruandas Präsident Paul Kagame seine Teilnahme bereits bestätigt hat, fehlt die von Kongos Präsident Felix Tshisekedi noch.

## D.R. Kongo: Wazalendo-Milizen verzeichnen großen Zulauf

Kinshasa (Fides) - „In Bukavu ist die Lage im Moment ruhig, aber die jungen Leute strömen massenhaft zu den Rekrutierungszentren der Selbstverteidigungsgruppen der so genannten ‚Wazalendo‘-Milizen“, berichten Beobachter gegenüber Fides aus der Hauptstadt der kongolesischen Provinz Südkivu, die nun ebenfalls vom Vormarsch der Rebellenbewegung M23 bedroht ist, nachdem diese bereits Goma (Hauptstadt der Provinz Nordkivu) eingenommen hat. „Die M23 scheint ihren Vormarsch auf Bukavu unterdessen gestoppt zu haben“, so die Beobachter. „Wir leben also in den Tag hinein, ohne wirklich zu wissen, was uns erwartet. Auch die Armee hat eine Kampagne gestartet, um Zivilisten zu rekrutieren, die sich Selbstverteidigungsgruppen anschließen. Viele junge Menschen sind dem Aufruf der Behörden gefolgt und verstärken nun die Reihen der so genannten ‚Wazalendo‘-Milizen“.

Die Beobachter berichten, dass „sich das Leben auch in Goma langsam erholt. In einigen Vierteln gibt es wieder Strom und seit gestern Abend auch wieder Internetverbindungen. Heute wurden die Schulen wieder geöffnet, zumindest die, die nicht für die Aufnahme von Vertriebenen bestimmt waren“. „Was die Vertriebenen betrifft, so wurden unterdessen die verschiedenen Flüchtlingslager rund um die Stadt aufgelöst; diejenigen, die dazu in der Lage waren, sind an ihre Herkunftsorte zurückgekehrt; die anderen waren gezwungen, in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden unterzukommen“, so die Beobachter weiter.

Nach Angaben des kongolesischen Gesundheitsministeriums und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist die Gesundheitslage in der Stadt sehr ernst. „Mehrere Gesundheitseinrichtungen arbeiten an der Kapazitätsgrenze: Es mangelt an Betten, Medikamenten, medizinischer Ausrüstung, Notfall-Kits, Blutspenden, Treibstoff, chirurgischem Material und sonstiger Ausrüstung“, heißt es in einem Bericht vom 30. Januar, der Fides vorliegt. „Die Leichenhallen sind überfüllt (mehr als 770 leblose Körper wurden bereits eingesammelt, andere liegen noch immer in den Straßen der unsicheren Stadtteile verstreut und befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Verwesung)“. Dem Bericht zufolge befinden sich 2.800 Verletzte in den Krankenhäusern der Stadt. Viele Verletzte bleiben ohne angemessene medizinische Versorgung zu Hause, während die Gefahr von Epidemien hoch bleibt.

Auf politischer Ebene bekräftigten die Staatsoberhäupter der Mitgliedsstaaten der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) zum Abschluss ihres außerordentlichen Gipfels am 31. Januar in Harare (Simbabwe) ihr „unerschütterliches Engagement, die Demokratische Republik Kongo in ihren Bemühungen um die Wahrung ihrer Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität weiterhin zu unterstützen“. Es ist daher zu befürchten, dass sich der Konflikt zu einer Auseinandersetzung ausweitet, die über die Region der Großen Seen hinausgeht, wie der Präsident von Burundi in einem auf seinem YouTube-Kanal veröffentlichten Video erklärte: „Wenn es im Ostkongo keinen Frieden gibt, gibt es auch keinen Frieden in der Region. Der Konflikt betrifft nicht nur Burundi, Tansania, Uganda und Kenia, sondern die gesamte Region“. (L.M.) (Fides 3/2/2025)

# D.R: Kongo: Ohne Strom und Wasser

## Katholische Pfarrei in Goma nimmt 2000 Vertriebene auf

Kinshasa (Fides) - „Die größte Gefahr für die Bevölkerung in Goma sind die so genannten ‚Wazalendo‘-Milizionäre“, berichten Beobachter aus Kreisen der Ortikirche gegenüber Fides über die Lage in der Hauptstadt von der kongolesischen Provinz Nordkivu, die in die Hände der von der ruandischen Armee unterstützten Rebellenbewegung M23 gefallen ist. Die so genannten „Wazalendo“ sind Mitglieder regierungsnaher Milizen, die an der Seite der regulären Armee gegen den Vormarsch der M23 kämpfen. Während die meisten regulären Soldaten sich nach der Einnahme von Goma ergaben oder sich den MONUSCO-Blauhelmen stellten, tauchten die „Wazalendo“-Milizionäre unter.

„Die Wazalendo dringen auf der Suche nach Lebensmitteln in die Häuser der einfachen Leute ein, was angesichts der Versorgungsgpässe für alle ein Problem darstellt. Wenn sie nichts zum Plündern finden, drohen sie, ihnen die Kinder wegzunehmen. Und man kann sich leicht vorstellen, was sie Frauen und Mädchen antun können“, berichten die Beobachter. „Die Mitglieder der M23 und Ruander versuchen unterdessen, die Ordnung wiederherzustellen. Im Moment wird von gelegentlichen Schießereien in der Nähe des Flughafens berichtet“.

„Die humanitäre Lage in Goma ist nach wie vor schwierig, weil es keinen Strom und kein Wasser gibt, das aus dem Kivusee gepumpt und gefiltert wird. Ohne Strom funktionieren die Pumpen und Kläranlagen nicht. Am schwierigsten sind die Bedingungen für die Vertriebenen (in Goma leben schätzungsweise eine Million Binnenflüchtlinge). In der Pfarrei des heiligen Franz Xaver in Ndosho, einem Vorort am Rande der Stadt, leben etwa 2.000 Vertriebene ohne Wasser und unter prekären Bedingungen; hinzu kommen etwa 1.600 Personen, die in der nahe gelegenen Schule untergebracht sind“, berichten die Beobachter.

Unterdessen geht der Vormarsch der Rebellen auf Bukavu, die Hauptstadt der Provinz Südkivu, langsam weiter. „Die M23-Einheiten sind 115 km von der Stadt entfernt, rückt aber nur langsam vor, da sie immer noch große Verluste erlitten hat“, so die Quellen. „In den letzten Tagen pendeln Krankenwagen zwischen Goma und Ruanda, um die sterblichen Überreste der auf den Straßen der Stadt gefallenen Soldaten zu ihren Familien zu bringen und ein würdiges Begräbnis zu ermöglichen, da sie sonst in Massengräbern gelandet wären, die gerade ausgehoben werden. Zudem wird es langsam heiß in Goma, und auch deshalb ist es dringend notwendig, die Leichen, die auf den Straßen liegen, zu begraben“.

„In Bukavu bleibt die Lage nach dem Abzug Mitarbeiter der ausländischen Hilfsorganisationen im Moment zwar ruhig, aber man lebt in Ungewissheit“, so die Beobachter abschließend. Unterdessen wurden auch burundische Soldaten von der Regierung in Bujumbura zur Unterstützung der kongolesischen Streitkräfte entsandt.

Auf politischer Ebene hat Corneille Nangaa, der Führer der Kongo-Fluss-Allianz, am gestrigen 30. Januar, in Goma eine Pressekonferenz gegeben, auf der er seinen Willen bekräftigte, bis nach Kinshasa zu marschieren, um Präsident Félix Tshisekedi zu stürzen. Die britische Botschaft in Kinshasa hat unterdessen ein Kommuniqué in englischer und französischer Sprache herausgegeben, in dem sie die Besetzung von Goma durch die Rebellenbewegung M23 und die ruandische Armee verurteilt und mit einer möglichen Einstellung der Unterstützung des Vereinigten Königreichs für Ruanda droht, falls die Feindseligkeiten nicht eingestellt werden.

(L.M.) (Fides 31/1/2025)

# Deutschland: Antisemitismus „häufiger und schamloser“

## Aus allen Teilen der Gesellschaft

(Von epd aus israelnetz.de vom 5. Februar 2025) Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, beobachtet eine Normalisierung von Judenhass in Deutschland. „Judenhass wird immer häufiger, vehementer und schamloser ausgelebt und zwar in allen Teilen unserer Gesellschaft“, sagte er der Düsseldorfer „Rheinischen Post“ (Mittwoch). Diese Normalisierung von [Antisemitismus](#) dürfe nicht hingenommen werden. Klein verwies zudem auf ein „erschreckend hohes Niveau“ antisemitischer Straftaten. Der starke Anstieg begann mit dem Terrormassaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 und dem Gazakrieg. (eh)

# Deutschland: Verfahren gegen Erdinger Pfarrer wegen Volksverhetzung eingestellt

**Erding: Martin Garmaier hatte die AfD scharf kritisiert**

Erding (IDEA) – Das Verfahren gegen den katholischen Erdinger Stadtpfarrer Martin Garmaier wegen seiner Silvesterpredigt ist eingestellt worden. Wie die „Augsburger Allgemeine“ unter Berufung auf die Staatsanwaltschaft Landshut berichtet, erfüllt dessen Silvesterpredigt keinen Straftatbestand. Garmaier hatte in seiner Predigt auch über den [Anschlag](#) von Magdeburg sowie die Reaktionen der AfD gesprochen und daran erinnert, dass Terroranschläge nicht automatisch von Ausländern begangen würden. Wörtlich hatte er gesagt: „Wenn eine Alice Weidel und viele andere dies in entsprechender Weise unnützen, so werden sie auf ihre Weise zu Verbrechern. Zu Verbrechern an unserer Gesellschaft. Zu Verbrechern an jenen Menschen, die hier als Gäste vielfach ja auch wissen, wie sie sich aufführen müssen.“ Der pensionierte Polizist und AfD-Anhänger Hermann Bauer hatte Garmaier daraufhin [angezeigt](#). Er sehe den Anfangsverdacht einer üblen Nachrede, „ja gar einer Volksverhetzung“ gegeben. Garmaier habe die AfD, ihre Parteivorsitzende und andere, „also auch Mitglieder, Sympathisanten und Anhänger der Partei auf eine Stufe mit den Terroristen der RAF und des NSU gestellt, hat sie unverhohlen als Verbrecher tituliert und den Anschein von Mördern erweckt“. Die Staatsanwaltschaft ist dieser Sichtweise nicht gefolgt, wie die „Augsburger Allgemeine“ weiter berichtet. Es lägen weder ein Aufstacheln zum Hass noch eine Aufforderung zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen vor. Zum anderen seien „die Äußerungen von der Meinungsfreiheit gedeckt“.

## Rückendeckung vom Erzbischof

Garmaier selbst bedankte sich in einer Rundmail bei seinen Unterstützern. Dazu gehöre ausdrücklich auch der zuständige Münchner Erzbischof, Kardinal Reinhard Marx, der ihn persönlich angerufen und bestärkt habe. „Nun bleibt mir nur zu hoffen, dass in unserer Gesellschaft auch weiterhin Einigkeit und Recht und Freiheit die Grundmaxime unseres Miteinanders bilden, wie sie in unserer Nationalhymne besungen werden, und nicht Ausgrenzung, Schmähung und Verachtung, egal welcher Gruppierung.“

# Europa: Christliche Gebets-App „Hallow“ verboten

International Christian Concern - Alex Jones, CEO und Mitbegründer der christlichen Gebets-App Hallow, kündigte gestern auf X (ehemals Twitter) an, dass die Europäische Union (EU) ihren Bürgern keinen Zugang mehr zu der App gewähren werde. Jones erklärte, dass eine „Überregulierung“, die auf alle religiösen Apps abzielt, es für Hallow unmöglich machen würde, in der EU verfügbar zu sein. Diese Nachricht kommt kurz nachdem China Hallow im Juli 2024 aus seinem App Store entfernt hat. In seinem Beitrag drückte Jones sein Bedauern über diese Nachricht aus, da Hallow gerade dabei war, seine Inhalte auf das polnische, französische, italienische und deutsche Publikum auszuweiten. Seit dem Start im Dezember 2018 hat Hallow mehr als 18 Millionen Downloads in 150 Ländern verzeichnet, was seine weltweite Reichweite und seinen Einfluss deutlich macht. Während die Details des Schließens der App in Europa spärlich sind, vermuten einige, dass die strengen Datenschutzgesetze der EU daran schuld sind. Das EU-Recht stuft Daten, die Aufschluss über religiöse oder philosophische Überzeugungen geben, als „sensible“ Daten ein und verbietet die Verarbeitung solcher Daten ohne ausdrückliche Zustimmung, mit einigen wenigen Ausnahmen. Dennoch bereiten sich einige darauf vor, die App zu verteidigen. ADF International, eine internationale juristische Organisation, die sich für Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit einsetzt, antwortete Jones auf X und forderte ihn auf, „mehr Details an DM zu schicken“ und erklärte, dass sie „vielleicht helfen können“. Da Europa weiterhin einen Rückgang der Religionszugehörigkeit zu verzeichnen hat und das Pew Research Center schätzt, dass die christliche Bevölkerung des Kontinents bis 2050 um 100 Millionen Menschen schrumpfen könnte, wird der Bedarf an christlichen Gebets-Apps und religiösen Inhalten von vielen als wichtiger denn je erachtet. Wie Jones auf X als Reaktion auf die Maßnahmen der EU mitteilte, „wird Gott nicht ausgeschaltet werden“.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Indonesien: Mögliche Amnestie für politische Gefangene in Papua

## Franziskaner fordern "Initiative für einen tiefgreifenden Dialog"

Jayapura (Fides) - Um den bewaffneten Konflikt, der die indonesische Region West-Papua seit Jahrzehnten belastet, in den Griff zu bekommen, zieht die indonesische Regierung unter der Führung des neuen Präsidenten Prabowo Subianto eine Amnestie für die Unabhängigkeitsrebellin in Papua in Betracht. Der Minister für Justiz, Menschenrechte und Einwanderung, Yusril Ihza Mahendra, bezeichnete den Vorschlag als „in Prüfung“ und sagte, dass die Regierung die Einzelheiten des Amnestieplans ausarbeite, der nur denjenigen gewährt würde, die der Republik Indonesien die Treue schwören. Die Maßnahme sei „als Teil der Bemühungen zur Lösung des Konflikts gedacht“ und bedürfe noch der Zustimmung des Repräsentantenhauses. Prabowos Amnestievorschlag folgt einer ähnlichen Initiative des ehemaligen Präsidenten Joko Widodo, der 2015 politische Gefangene aus Papua begnadigt hat.

Unter der Bevölkerung von Papua herrscht unterdessen eine gewisse Skepsis gegenüber dem Vorschlag der Zentralregierung. Pater Alexandro Ranga (OFM), Direktor der Kommission „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in Papua, betont im Gespräch mit Fides: „Es stimmt, dass die Freilassung einiger Gefangener, die aus politischen Gründen inhaftiert sind, eine gewisse Erleichterung für die Familien bedeuten könnte“. Er erinnert jedoch daran, dass „die Gefangenen, die in der Vergangenheit freigelassen wurden, nicht mehr dieselben sind: sie haben tiefe Traumata erlitten, einige sprechen nicht mehr, vielleicht wegen der Misshandlungen, die sie erlitten haben. Es wird also notwendig sein, den Zustand der freigelassenen Gefangenen zu überprüfen“.

Darüber hinaus gebe es ein grundlegendes Problem: „Die Maßnahme der Regierung läuft Gefahr, ein unzureichender Schritt zu sein, wenn sie nicht in einen umfassenderen Plan eines ‚ganzheitlichen‘ Dialogs, d.h. auf allen Ebenen, eingebettet ist, der die Situation in der Region und das Leiden der lokalen Bevölkerung umfassend berücksichtigt“, stellt der Franziskanerpater fest. „Die Menschen in Papua befürchten, dass es sich nur um ein Trostpflaster handelt und dass grundlegende Fragen ungelöst bleiben“, stellt er fest. „Wir fordern deshalb eine Initiative für einen tiefgreifenden Dialog und die Befähigung aller beteiligten Akteure, um die Probleme an der Wurzel zu packen und zum Frieden zu gelangen“, sagt er.

Der Franziskaner erinnert daran, was den Bewohnern von fünf Dörfern im Bezirk Oksop in Zentralpapua, dem Gebiet der Diözese Jayapura, widerfahren ist. Sie flohen Ende November aufgrund der Stationierung von Militäreinheiten in diesem Gebiet in andere Gebiete. Nach Angaben der Kommission des Franziskanerordens sind 300 Menschen in andere Dörfer vertrieben worden, und viele andere haben sich im Wald versteckt, „aber nach Angaben der Armee und anderer Offizieller sind diese Berichte nicht wahr“, stellt sie fest. „Aus diesem Grund bereitet unsere Kommission für Gerechtigkeit und Frieden nun einen detaillierten Bericht mit einer Liste der Vertriebenen und den Problemen, denen sie ausgesetzt sind, vor; wir beabsichtigen, ihn zusammen mit den Bischöfen und religiösen Führern Papuas dem indonesischen Präsidenten vorzulegen“. Nach Ansicht von Pater Ranga „bleibt das eigentliche Problem in Papua offen, nämlich das militärische Vorgehen der indonesischen Zentralregierung, um ihre Politik und Projekte in dem Gebiet zu fördern. Dieser Ansatz führt zu Leid vor Ort und einem Gefühl der gewaltsamen Auferlegung“.

Papua, die östlichste Region Indonesiens, die die westliche Hälfte der Insel Neuguinea bildet, ist seit ihrer umstrittenen Eingliederung in die Republik Indonesien durch militärischer Gewalt im Jahr 1969 ein Ort der Spannungen. In der Region, die von Menschen mit melanesischer Herkunft bewohnt wird und reich an natürlichen Ressourcen ist, kam es bereits in den frühen 1970er Jahren zu einem separatistischen Aufstand. Trotz des Reichtums an Ressourcen ist Papua nach wie vor eine der ärmsten Regionen Indonesiens mit einer hohen Armuts- und Analphabetenrate.

(PA) (Fides 6/2/2025)

# Indonesien: Muslime lehnen Freundschaftsfest in Palu mit kanadischem Pastor ab

International Christian Concern - Muslime in der Stadt Palu, Zentralsulawesi, Indonesien, forderten kürzlich die Behörden auf, das für den 30. Januar bis 2. Februar geplante Palu-Freundschaftsfestival 2025 abzulehnen, weil ein bestimmter Pastor dort auftreten soll. Der kanadische Pastor Peter Youngren, der öffentliche Veranstaltungen zum Thema Glaubensheilung leitet, wird als Hauptredner auf dem Festival auftreten.

Das Festival wird von der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen und Institutionen in Zentralsulawesi (PGLII) organisiert. Die Aqidah Guarding Alliance (AJA) der Stadt Palu vertritt die Muslime, die gegen die Veranstaltung protestieren.

Ein Vertreter der AJA erklärte, die Werbung für das Festival sei übertrieben gewesen und bedrohe die religiöse Toleranz in Zentralsulawesi. Plakate, die für die Veranstaltung werben und auf denen Bilder von muslimischen Frauen zu sehen sind, waren im Vorfeld des Festes in der gesamten Stadt Palu zu sehen.

„Wir lehnen die Durchführung des Freundschaftsfestes 2025 in Palu ab und fordern, dass die Plakatwände, die an verschiedenen Stellen in Palu City aufgestellt wurden, sofort entfernt werden“, sagte Ari Fachri, Aktionskoordinator der AJA, während einer Demonstration vor dem Büro des Bürgermeisters von Palu am 17. Januar.

Laut AJA behauptet Pastor Youngren, der dafür bekannt ist, Muslime zu seinen großen Glaubensheilungsveranstaltungen zu ziehen, dass sie durch den Glauben an Christus geheilt werden können. Dies, so die Demonstranten, mache den Pastor intolerant.

„Wir bitten die Regierung, auf ähnliche Aktivitäten in Zukunft energischer zu reagieren, um Frieden und Harmonie zwischen den Religionsgemeinschaften zu wahren“, sagte Ustad Hartono, ein weiterer Vertreter der muslimischen Demonstranten.

Am 17. und 24. Januar führten islamische Organisationen Demonstrationen durch, um diese Veranstaltung abzusagen. Das Forum für interreligiöse Harmonie in Zentralsulawesi (FKUB) hat inzwischen vorgeschlagen, dass die Aktivitäten von Pastor Youngren an einem geschlossenen Ort stattfinden sollten.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF



# Iran: Haftzeit von Christen versechsfacht

## 96 Christen wurden 2024 zusammen zu über 260 Jahren Gefängnis verurteilt

London (IDEA) – 2024 haben die Gerichte im Iran gegen Christen Haftstrafen von insgesamt über 260 Jahren verhängt. Das ist eine Versechsfachung gegenüber dem Vorjahr. Das geht aus einem gemeinsamen [Jahresbericht](#) der vier christlichen Hilfswerke Open Doors, Article18, CSW (ehemals Christian Solidarity Worldwide/Christliche Solidarität weltweit) und „Middle East Concern“ hervor. Während 2023 22 Christen zu insgesamt 43,5 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, waren es 2024 96 Christen zu insgesamt 263 Jahren Haft. Der Bericht begründet die Zunahme zum Teil mit einem enormen Anstieg der Verhaftungen in der zweiten Hälfte des Jahres 2023. Die Werke stellten überdies eine Zunahme von Langzeitstrafen fest. So seien fünf Christen zu je zehn Jahren und ein weiterer zu 15 Jahren Gefängnis aufgrund ihres Glaubens und ihrer Aktivitäten in diesem Zusammenhang verurteilt worden.

## Finanzielle Hilfe aus dem Ausland gilt als Verbrechen

Den Hilfswerken zufolge beschlagnahmten die Behörden 2024 vermehrt Eigentum von Christen und überprüften deren Finanzen. So seien verhaftete Christen und deren Anwälte zunehmend dazu befragt worden, ob sie Gelder aus dem Ausland erhalten hätten. So seien in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 Christen in mindestens fünf Städten in einem Zeitraum von acht Wochen unter diesem Aspekt ins Visier genommen worden. Der Geheimdienst habe versucht, alle dabei Inhaftierten auf Grundlage des Artikels 500 im islamischen Strafgesetzbuch anzuklagen. Er sieht eine Strafe von bis zu zehn Jahren vor, wenn die angeklagte Person „finanzielle oder organisatorische Hilfe aus dem Ausland“ erhalten hat. Im Bericht heißt es dazu: „Die iranische Regierung scheint ihre Bemühungen, die christliche Gemeinschaft zu isolieren und finanziell zu untergraben als Teil einer umfassenderen Strategie zur Unterdrückung ihres Wachstums und ihres Einflusses intensiviert zu haben.“ Der Bericht dokumentiert zahlreiche Einzelfälle aus dem vergangenen Jahr, betont jedoch, dass diese nur die „Spitze des Eisbergs“ seien. Etwa 98 Prozent der rund 89 Millionen Einwohner des Iran sind Muslime. Laut Schätzung christlicher Hilfswerke beträgt der Anteil der Christen zwischen 0,7 und 0,9 Prozent.

# Kirgistan: Neues repressives Religionsgesetz ab 1. Februar in Kraft

AKREF-A/03.02.25 - Am 21. Januar unterzeichnete Präsident Sadyr Japarov zwei neue Gesetze, durch die die Religions- bzw. Glaubensfreiheit weiterhin eingeschränkt wird. Wie bisher ist jede Ausübung der Religions- oder Glaubensfreiheit ohne staatliche Registrierung verboten ([wir berichteten](#)). Gemeinschaften mit weniger als 500 erwachsenen Mitgliedern können die Registrierung, und damit den legalen Status, nicht erlangen. Bisher lag diese diskriminierende Grenze bei 200 Mitgliedern. Nach dem neuen Religionsgesetz ist erstmals eine separate Registrierung der Gottesdienststätten registrierter religiöser Organisationen erforderlich. Das Teilen von Glaubensüberzeugungen an öffentlichen Orten und von Tür zu Tür ist verboten. Die Strafen für Verstöße gegen das Religionsgesetz wurden durch das zweite von Japarov unterzeichnete Gesetz, das Abänderungsgesetz, empfindlich verschärft. Dieses Abänderungsgesetz betrifft nicht nur Strafbestimmungen, sondern auch das Gesetz über die politischen Parteien, das Gesetz über die Wahl und den Status der Abgeordneten zu den Lokalverwaltungen und das Gesetz über den Status der Abgeordneten zum Parlament („*Zhogorku Kenesh*“).

„Das ist wirklich eine Schande“, erklärte ein Leiter einer Religionsgemeinschaft, der aus Furcht vor staatlichen Repressalien nicht namentlich genannt werden will, 21. Januar gegenüber Forum 18. „Das Gesetz ist sehr streng, insbesondere gegen Muslime“, erklärte ein Experte für religiöse Angelegenheiten gegenüber Forum 18. „Der Staat hat sich für eine theologische Schule entschieden und diese zur offiziellen Version des Islams erklärt. Die Behörden wollen dadurch alle Muslime und insbesondere die wachsende junge Generation von Muslimen kontrollieren.“

„Das neue Gesetz macht nichts besser oder leichter für uns, um unseren Glauben zu praktizieren, sondern macht es uns schwerer“, erklärte ein Protestant im Januar gegenüber Forum 18. „Ich glaube nicht mehr an irgendwelche Verbesserungen in den Gesetzen oder an der Einstellung der Regierung gegenüber uns Christen.“

Demgegenüber verteidigte der stellvertretende Direktor der Staatlichen Kommission für Religiöse Angelegenheiten Kanatbek Midin Uuly die neuen Gesetze: Wir respektieren die Menschenrechte und insbesondere die Religionsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung“ betonte er gegenüber Forum 18. „Wir haben wirklich alles getan, damit die Staatsbürger diese verfassungsmäßigen Rechte ausüben können.“ Er behauptete auch, dass das neue Religionsgesetz die verpflichtende Registrierung religiöser Organisationen vereinfacht.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 31. Januar 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

# Myanmar: Vier Jahre nach dem Putsch

## Gebet und Nächstenliebe angesichts von Gewalt, Hunger und Vertreibung

Yangon (Fides) - „Die Katholiken hoffen, dass der Ausnahmezustand nicht verlängert wird und beten für Gerechtigkeit und Frieden“, so der Katholik Joseph Kung aus Yangon, der in der Nationalen Menschenrechtskommission mitarbeitet, gegenüber Fides. In dem Land jährt sich am 1. Februar zum vierten Mal der Putsch mit dem die Militärjunta die demokratische Regierung stürzte und das Parlament auflöste. Beobachtern zufolge steht General Min Aung Hlaing, der Chef der Junta, kurz davor, den Ausnahmezustand zu verlängern, während er die Absicht bekräftigt, bis 2025 Wahlen abzuhalten. Der Bürgerkrieg, der mehr als 50 000 Tote und 3,5 Millionen Binnenvertriebene gefordert hat, hat zu einer Nahrungsmittelnotlage geführt, und die Situation wird sich 2025 nach Schätzungen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen noch verschlimmern, während mehr als 15 Millionen Menschen an Hunger leiden und 20 Millionen Einwohner (mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung) humanitäre Hilfe für Nahrungsmittel und Krankheiten benötigen werden. Auch die Zahl der Vertriebenen wird auf 4,5 Millionen ansteigen. Die Zivilbevölkerung wird auch durch Landminen bedroht, die laut dem 'Landmine Monitor 2024' in allen 14 Staaten und Regionen Myanmars und in etwa 60 Prozent der Städte Opfer fordern (692 in den ersten sechs Monaten des Jahres 2024). Wie Beobachter gegenüber Fides berichten, platziert die Armee Landminen in Dörfern, auf Bauernhöfen, in Reis- und Maisfeldern und in der Nähe von Militärlagern. Wenn Bauern auf die Felder gehen, um Lebensmittel zu ernten, riskieren sie ihr Leben.

Katholische Gemeinden und Ordensgemeinschaften berichten unterdessen über die Not der Kinder: Einerseits gibt es ein wachsendes Phänomen der Kinderarbeit, bei dem Kinder in Sektoren wie Kleidung, Landwirtschaft, Gastronomie, Hausarbeit, Bauwesen und Straßenverkauf beschäftigt werden, was eine offene Verletzung der Rechte der Kinder darstellt. Andererseits wird Kindern und Jugendlichen durch die Schließung von Schulen und Bildungseinrichtungen das Grundrecht auf Bildung verwehrt, was schwerwiegende Auswirkungen auf die Zukunft der Nation hat. Viele Ordensgemeinschaften und katholischer Pfarreien richten deshalb kleine informelle Schulen ein, wo sie versuchen, den Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen.

Terence Anthony, Pfarrer der Gemeinde Unserer Lieben Frau von Lourdes im südlichen Teil der Erzdiözese Yangon, betont gegenüber Fides: „Wir vertrauen uns dem Herrn im Gebet an und tun unser Bestes mit konkreten Aktionen. In vielen Gegenden des Landes, wo gekämpft wird oder wo es keine Gewalt gibt, widmen sich Priester, Ordensleute und Katechisten unermüdlich dem Dienst an der verwundeten und geprüften Menschheit. Wir trösten die Bedrängten und geben den Hungernden Brot. Wir stellen uns in den Dienst der Armen, der Vertriebenen und der Schwächsten und versuchen, ein konkretes Zeugnis der Liebe Gottes zu geben“.

(PA) (Fides 31/1/2024)

# Pakistan/EU: EU warnt Pakistan wegen Menschenrechten. Präferenzhandelsstatus könnte gefährdet sein.

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/07.02.25 - Der präferenzielle Handelsstatus Pakistans könnte gefährdet sein, wenn das Land nicht auf Menschenrechtsbedenken eingeht, darunter umstrittene Blasphemiegesetze, Zwangsheiraten/Zwangskonvertierungen von Mädchen aus Minderheiten und Religionsfreiheit, wie eine Delegation der Europäischen Union (EU) am 31. Januar mitteilte.

Die Delegation unter der Leitung des EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, Olof Skoog, warnte in einer Presseerklärung, dass Pakistan seinen Status als „Generalized Scheme of Preferences Plus (GSP+)-Land“ nicht als selbstverständlich betrachten sollte. Die Delegation wies darauf hin, dass Pakistans Handelsvorteile von Fortschritten bei der Lösung von Menschenrechtsproblemen abhängen, zu denen auch die Meinungsfreiheit gehört.

„Da wir uns der Halbzeit des aktuellen Überwachungszyklus nähern, ermutigen wir Pakistan, seinen Reformkurs fortzusetzen, während es sich auf die erneute Beantragung im Rahmen der kommenden neuen GSP+-Verordnung vorbereitet“, erklärte die EU-Delegation. „Die Handelsvorteile im Rahmen von GSP+ hängen von den Fortschritten bei der Behandlung einer Reihe von Themen ab, darunter auch bei den Menschenrechten, und greifbare Reformen bleiben unerlässlich.“

Pakistan sei nach wie vor ein wichtiger Partner für die EU in Südasien. Seine Beziehungen zur EU würden auf den gemeinsamen Werten Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit beruhen, die sich an den Grundsätzen der UN-Charta und internationalen Normen orientieren.

„Die EU begrüßt die Tatsache, dass Pakistan zum größten Nutznießer von GSP+ geworden ist. Pakistanische Unternehmen haben ihre Exporte auf den EU-Markt seit Einführung des Handelsprogramms im Jahr 2014 um 108 Prozent gesteigert“, erklärte die Delegation.

Die EU ist Pakistans zweitgrößter Handelspartner. Der APS+-Status ermöglicht dem Land zollfreie oder zollbegünstigte europäische Exporte. Das Programm ist jedoch an die Bedingung geknüpft, dass die begünstigten Länder greifbare Fortschritte bei der Umsetzung von 27 internationalen Übereinkommen zu Menschen- und Arbeitsrechten, Umweltschutz, Klimawandel und guter Regierungsführung nachweisen.

Laut Pressemitteilung hatte die EU-Mission, die sich im Vorfeld einer wichtigen GSP+-Überwachungsmission im Juni eine Woche lang in Pakistan aufhielt, zum Ziel, das Land auf die dringendsten Menschen- und Arbeitsrechtsfragen anzusprechen und Pakistans Pläne zu deren Lösung zu erörtern, einschließlich der laufenden Bewertung im Rahmen des GSP+-Handelsprogramms.

Die Delegation traf sich mit hochrangigen Beamten, darunter der stellvertretende Premierminister und Außenminister Ishaq Dar, der Generalstabschef der Armee, General Asim Munir, der Minister für Recht, Justiz und Menschenrechte, Azam Nazeer Tarar, der Bundeshandelsminister, Jam Kamal, und die Außenministerin, Amna Baloch.

Bei diesen Treffen hob Skoog die Anwendung der Blasphemiegesetze, Frauenrechte, Zwangsehen und Konversionen, erzwungenes Verschwindenlassen, Meinungs-, Religions- und Glaubensfreiheit, Unabhängigkeit der Medien, Straflosigkeit bei Rechtsverletzungen, ordnungsgemäße Verfahren und das Recht auf ein faires Verfahren, bürgerlichen Freiraum und die Todesstrafe hervor.

Bei einem Treffen mit dem Obersten Richter Pakistans, Yahya Afridi, lag der Schwerpunkt auf dem Rückstau in der Justiz sowie auf der Integrität und Unabhängigkeit der Justiz.

Während des gesamten Besuchs von Skoog würdigte der Sondergesandte die wichtige Rolle der Nationalen Menschenrechtskommission (NCHR) und betonte die Notwendigkeit, ihre Unabhängigkeit zu wahren, heißt es in der Erklärung weiter.

„Im Zusammenhang mit der bevorstehenden GSP+-Überwachungsmission ermutigte der Sondergesandte die pakistanischen Behörden, die Umsetzung aller relevanten internationalen Konventionen sicherzustellen“, erklärte die EU-Delegation.

Skoog besuchte auch Lahore, um sich mit der Ministerpräsidentin von Punjab, Maryam Nawaz Sharif, dem Minister für Minderheitenangelegenheiten in Punjab, Sardar Ramesh Singh Arora, und Vertretern der christlichen und Ahmadi-Gemeinschaften zu treffen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Religions- und Glaubensfreiheit, der Schutz der Rechte von Minderheiten und die Rechenschaftspflicht bei Menschenrechtsverletzungen und -verstößen.

Keiner der vier christlichen Abgeordneten in der Punjab-Versammlung wurde jedoch zu den Treffen mit der EU-Delegation eingeladen, wie Christian Daily International-Morning Star News erfuhrt.

„Weder die EU-Mission in Pakistan noch die pakistanische Regierung haben uns über den Besuch der Delegation informiert,, sagte ein christlicher Abgeordneter, der aus Angst vor Gegenreaktionen anonym bleiben wollte. „Wir wissen nicht einmal, welche christlichen Vertreter für das Treffen mit Botschafter Skoog ausgewählt wurden. Es ist ziemlich offensichtlich, dass die Regierung diejenigen Personen handverlesen hat, die die offizielle Darstellung von ‘alles ist in Ordnung‘ verbreiten und davon absehen, das wahre Bild zu zeichnen.“

Der Abgeordnete sagte, dass sie der EU-Mission ihre Vorbehalte mitgeteilt hätten und hofften, dass sie ihr Treffen mit der Delegation vor dem Ende des Besuchs arrangieren würde.

In einem Gespräch mit Journalisten in der Bundeshauptstadt Islamabad am 29. Januar betonte Skoog das Engagement der EU für Demokratie, Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht.

„Es gibt anhaltende Diskussionen über die Meinungs- und Medienfreiheit in Pakistan“, sagte Skoog.

Er fügte hinzu, dass er sein Mandat nutzen wolle, um den direkten Austausch mit Ländern zu fördern und über die üblichen formellen Dialoge hinauszugehen, um Kernfragen anzusprechen, da es auf seiner Ebene keinen speziellen Menschenrechtsdialog gebe.

Das von Skoog erläuterte APS+-System der EU dient als starke Plattform für die Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte, wobei Pakistan ein wichtiger Nutznießer ist. „Das APS+ ist ein bedeutender wirtschaftlicher Impuls, der es Pakistan ermöglicht, der größte Exportmarkt der EU zu werden und sowohl China als auch die USA zu übertreffen.“ Er betonte die erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen von Zollbefreiungen in Höhe von fast einer Milliarde Dollar und unterstrich deren Bedeutung für die pakistanische Wirtschaft. Das APS+-Rahmenwerk verlangt die Einhaltung internationaler Menschenrechtsverpflichtungen, und sein Geltungsbereich erstreckt sich über Arbeitsbedingungen und Kinderarbeit hinaus auf ein breiteres Spektrum von Menschenrechtsfragen.

Der Sprecher des Außenministeriums, Shafqat Ali Khan, bestätigte die Warnung der EU bei einer wöchentlichen Pressekonferenz am Donnerstag (30. Januar).

„Der APS+-Status ist nur ein Aspekt der Partnerschaft zwischen Pakistan und der EU“, sagte Khan. „Der Besuch des EU-Sonderbeauftragten ist ebenfalls Teil der Routine.“

Pakistan wurde am 1. Januar 2014 der APS+-Status verliehen, nachdem das Land 27 internationale Übereinkommen ratifiziert und sich zu deren Umsetzung verpflichtet hatte. Das APS+ der EU dient als besondere Anreizregelung zur Förderung guter Regierungsführung und nachhaltiger Entwicklung durch Handelserleichterungen. Der Anreiz besteht darin, dass Pakistan für fast 66 Prozent der Zolltarifpositionen Null- oder Präferenzzollsätze gewährt werden, wodurch die Fähigkeit des Landes, auf den EU-Markt zu exportieren, verbessert wird.

GSP+ hat sich als entscheidend für die bilateralen Handelsbeziehungen zwischen der EU und Pakistan erwiesen. Von 2014 bis 2022 stiegen die pakistanischen Exporte in die EU um 108 Prozent, während die Importe aus der EU um 65 Prozent und das gesamte Handelsvolumen von 8,3 Milliarden Euro im Jahr 2013 auf 14,85 Milliarden Euro anstiegen. Laut der EU-Website gelangen pakistanische Kleidungsstücke, Bettwäsche, Frotteehandtücher, Strumpfwaren, Lederwaren, Sport- und OP-Artikel und ähnliche Produkte unter Inanspruchnahme der APS+-Zugeständnisse auf den EU-Markt.

<https://morningstarnews.org/2025/01/eu-issues-warning-to-pakistan-about-human-rights/>

# Pakistan: Blasphemievorwürfe gegen drogenabhängigen Christen

Er wird beschuldigt, negativ über den Islam gesprochen zu haben

Lahore (IDEA) – In der pakistanischen Großstadt Sahiwal (Provinz Punjab) hat die Polizei einen drogensüchtigen Christen verhaftet. Der Vorwurf: Er soll sich negativ über den Islam und wichtige Persönlichkeiten der Religion geäußert haben. Das berichtet die Gründerin der Menschenrechtsorganisation „The Voice Society“, Aneeqa Anthony (Lahore). Gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA erklärte sie, dass es sich bei dem Beschuldigten um den 28-jährigen Farhan Javed Masih handelt. Ein Bewohner seines Dorfes habe ihn der Blasphemie bezichtigt, was am 26. Januar zur Verhaftung geführt habe. Die Schwester des jungen Mannes berichtete gegenüber „The Voice“, dass Masih und dessen Bruder abhängig von der Droge Crystal Meth seien. Sie hat starke Auswirkungen auf das Gehirn und das Nervensystem. Masih, ehemals als Krankenpfleger tätig, verlor laut seiner Schwester auch seine Arbeitsstelle durch die Sucht. Wie sie den Menschenrechtlern weiter berichtete, hat ihr Bruder begonnen, seltsame Dinge zu äußern. So habe er sich als Prophet, Pharao oder auch Christus bezeichnet, was seine Familie sehr aufgebracht habe. Sie soll sich seit seiner Verhaftung bei Familienmitgliedern in der Nähe verstecken. Im Dorf der Familie gebe es zwar keine religiösen Spannungen zwischen Muslimen und der christlichen Minderheit, dennoch habe sie angesichts der Vorwürfe Angst vor Übergriffen. „The Voice“ hat den Christen Unterstützung bei der Verteidigung des Beschuldigten angeboten. Angehörige religiöser Minderheiten, etwa Christen, werden überproportional häufig der Blasphemie bezichtigt, oft aufgrund von persönlichen Streitigkeiten oder Missgunst. Laut dem „Zentrum für Soziale Gerechtigkeit“ (Center For Social Justice) in Lahore wurden in Pakistan seit 1987 rund 2.500 Personen wegen Blasphemie angeklagt, darunter 291 Christen. Von den über 230 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

# Pakistan: Christliche Zwillingbrüder vom Vorwurf der „Blasphemie“ freigesprochen

IIRF-D/BA/Tübingen/07.02.25 - Die beiden christlichen Zwillingbrüder wurden am 25. Januar in der pakistanischen Provinz Punjab vom Vorwurf der „Blasphemie“ [freigesprochen](#). Die Richterin entschied, dass es keine Beweise gegen sie gebe.

Laut dem Verteidiger Javed Sahotra räumte Richterin Farzana Shahzad vom Sessionsgericht in Kasur auch ein, dass die polizeilichen Ermittlungen nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden seien.

Die 18-jährigen Brüder Kalu (auch bekannt als Yeshua) und Tabish aus dem Dorf Kale Wala im Distrikt Kasur wurden am 27. August 2024 [verhaftet](#) und beschuldigt, am Vorabend bei einem jährlichen Fest den Koran entweiht zu haben ( [wir berichteten](#)).

Im Rahmen des Festivals warf die Menge zerrissene Papierstücke in die Luft. Es wird behauptet, dass die von Kalu und Tabish geworfenen Papiere Verse aus dem Koran enthielten. Sie wurden gemäß Abschnitt 295-B des pakistanischen Strafgesetzbuches angeklagt, der eine lebenslange Freiheitsstrafe für diejenigen vorsieht, die vorsätzlich eine Kopie des Korans entweihen, beschädigen oder schänden.

Die Verteidigung vernahm acht Zeugen im Kreuzverhör, darunter den Untersuchungsbeamten (IO) und den ursprünglichen Kläger, und bat sie, die Verse des Korans zu benennen, die angeblich von den Brüdern entweiht worden waren.

„Weder der IO noch irgendein anderer Zeuge konnte meine Frage beantworten, was zeigt, dass die Beweise, die sie gegen die Brüder vorgelegt hatten, gefälscht waren“, berichtete Sahotra.

Die Verteidigung argumentierte außerdem erfolgreich, dass IO Muhammad Saleem nicht über die erforderlichen Qualifikationen in islamischer Bildung verfüge, um eine „Blasphemie“-Untersuchung durchzuführen.

Richter Shahzad ordnete die sofortige Freilassung der Brüder an und wies den Polizeichef des Distrikts Kasur an, eine Untersuchung der fehlerhaften Ermittlungen einzuleiten.

Anklagen wegen „Blasphemie“ gegen Christen oder andere religiöse Minderheiten in Pakistan können schnell zu Gewalt und Unruhen durch den Mob führen. Ganze christliche Gemeinden sind gefährdet durch [Angriffe](#).

Der Freispruch der Zwillinge folgt dem der christlichen Schwestern [Sonia und Saima](#) zwei Monate nach ihrer Verhaftung im Punjab im August 2024 wegen unbegründeter „Blasphemie“-Vorwürfe.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/christian-twin-brothers-acquitted-of-blasphemy-charges-in-punjab-pakista/>

# Sierra Leone: Frauen vor der Beschneidung schützen

In Sierra Leone sind laut UNICEF rund 86 Prozent der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren von Genitalverstümmelung betroffen. Eine erschreckend hohe Zahl.

*(IDEA) Doch es tut sich etwas in der Gesellschaft. Christliche Organisationen wie die Inter-Mission haben ihren Anteil daran. IDEA hat den Projektverantwortlichen des Werks für Afrika, Michael Miezal, anlässlich des Internationalen Tags gegen weibliche Genitalverstümmelung darum gebeten, die Entwicklungen zu schildern.*

Als ich Anfang der 1990er Jahre als Missionar in Sierra Leone lebte, wurde das Thema „weibliche Genitalverstümmelung“ selbst in Kirchengemeinden noch kontrovers diskutiert. Nicht wenige Christen vertraten den Standpunkt, der Brauch sei Teil einer erhaltenswerten Kultur. Es handelt sich dabei um einen Initiationsritus, nach dem das beschnittene Mädchen in der Gesellschaft als Frau gilt. Gut 30 Jahre später hat sich etwas verändert. Immer häufiger hört man nun junge Mädchen stolz sagen: „Nur damit das klar ist: Ich bin unbeschnitten. Ich bin stolz darauf, denn es bedeutet, perfekt erschaffen zu sein.“

Viele Sierra Leoner engagieren sich inzwischen dafür, junge Mädchen vor diesem Eingriff zu schützen, der mit Rasierklingen im Busch und in der Regel ohne Betäubung vorgenommen wird. Häufig führt er zu lebenslangem psychischem und physischem Leid – in manchen Fällen auch zum Tod durch Verbluten. Auslöser der positiven Entwicklung ist der jahrelange Einsatz zahlreicher lokaler und internationaler Organisationen und Aktivisten, der nun zum Umdenken führt.

## Betroffene im Kampf gegen Genitalverstümmelung

Auch die Inter-Mission setzt sich gegen diese furchtbare Praktik ein. Gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) klärten wir 2024 in zwei Dörfern umfassend in Workshops über die gesundheitlichen Risiken von Genitalverstümmelungen auf. Initiatorin war die Leiterin unserer lokalen Partnerorganisation, Joan Kamara-Keister. Sie ist selbst betroffen und Teil eines wachsenden Netzwerks von Aktivisten auf diesem Gebiet. Sie ist angetrieben von ihrer Überzeugung, dass der weibliche Körper gut ist, so wie Gott ihn geschaffen hat.

## Neue Jobs für Beschneiderinnen

Neben der Aufklärungsarbeit ist ein wichtiger Teil der Arbeit, die Beschneiderinnen, die die Eingriffe durchführen, als Verbündete zu gewinnen. Durch Weiterbildungen können ihnen neue Jobperspektiven angeboten werden. Denn: Je weniger Frauen Beschneidungen anbieten, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Zahl der Genitalverstümmelungen weiter sinkt. Geschätzt 50.000 solcher Soweis (Beschneiderinnen) soll es derzeit noch geben. Eine über 80-Jährige berichtete nach einem Workshop, dass sie ihr Leben lang als Beschneiderin gearbeitet habe. Sie habe aber durch das Treffen verstanden, dass ihre Tätigkeit falsch war und will sich künftig dafür einsetzen, den Brauch abzuschaffen.

## Erste Erfolge erkennbar

Neben solchen ermutigenden Einzelbeispielen berichtete uns Kamara-Keister zudem, dass trotz anfänglicher Widerstände gegen die Workshops und manch kontroverser Diskussionen eine Bewusstseinsveränderung in den Dorfgemeinschaften eingesetzt hat. Ich gestehe: Auch meine Skepsis zu Beginn des Projekts ist einer Freude darüber gewichen. Es zeigte sich, dass ein gesellschaftliches Umdenken in Bezug auf eine kulturell so tief verwurzelte Praxis wie die Genitalverstümmelung möglich ist. Nun beobachte ich unter den jungen Frauen einen wachsenden Stolz auf ihren unversehrten Körper.



# Sudan: Vormarsch der Armee auf Khartum

## Womöglich entscheidende Wende im sudanesischen Bürgerkrieg?

Khartum (Fides) - Der Vormarsch der Soldaten der sudanesischen Armee (Sudan Armed Forces, SAF) setzt sich fort. Man will die Kontrolle über Khartum, die sudanesische Hauptstadt, die mit den Milizionären der RSF „Rapid Support Forces“ (RSF) umkämpft ist, zurückgewinnen.

Die Offensive der Armee unter Leitung von General Abdel-Fattah Burhan begann Anfang Januar im Bundesstaat Dschasira, dessen Hauptstadt Wad Madani am 11. Januar erobert wurde. Eine Operation, die von Gewalt gegen Zivilisten, auch südsudanesischer Nationalität, geprägt war. Diese Stadt liegt zwar 200 km von Khartum entfernt, ist aber ein wichtiger Knotenpunkt von Straßen, die aus verschiedenen Richtungen in die Bundeshauptstadt führen. In den letzten Wochen ist die Armee von Wad Madani aus entlang der Ufer des Blauen Nils vorgerückt, hat Städte und Dörfer im gesamten nördlichen Teil des Staates und im Süden des Staates Khartum eingenommen und anschließend die Stellungen der RSF in Khartum von mehreren Seiten angegriffen. Ein Armee-Sprecher erklärte gestern, am 5. Februar, dass die Truppen den Bezirk Al-Rumaila, ein medizinisches Depot, ein Industriegebiet und die staatliche Münzanstalt im Süden Khartums eingenommen haben. Mit der Einnahme von Al-Rumaila rückt das Militär von General Burhan näher an das Zentrum von Khartum heran, der Hochburg und Kommandozentrale der von Mohamed Hamdan Dagalo geführten „Rapid Support Forces“.

Auf der östlichen Seite des Nils gelang es der Armee, das Geen Valley und das Gebiet von Sheikh Al-Fadani unter Kontrolle zu bringen, das etwa sieben Kilometer von der Soba-Brücke entfernt liegt, die den Ost-Nil mit der Stadt Khartum verbindet. Sollten sich die RSF-Milizionäre zurückziehen, könnten sie sich auf die „Giad Industrial City“, einen riesigen Industriekomplex mit Fabriken und Lagerhäusern rund 45 km südöstlich des Zentrums von Khartum, zurückziehen, wo sie anscheinend ihren Widerstand vorbereiten. Das heißt, wenn sie sich stattdessen nicht entschließen, im Zentrum der sudanesischen Hauptstadt Haus um Haus zu kämpfen, was die ohnehin schon schwere humanitäre Krise noch verschärfen würde, da die Zivilbevölkerung bei den Kämpfen von beiden Seiten bombardiert wird.

(L.M.) (Fides 6/2/2025)

# Südsudan: Tausende Menschenleben gefährdet

## Gesundheitsbehörden setzen HIV/AIDS-Programm in Yambio aus

Yambio (Fides) - Die Aussetzung des HIV- und AIDS-Programms im Bezirk Yambio in Westäquatoria, Südsudan, gefährdet Tausende von Menschenleben. Mitarbeiter des Gesundheitswesens, Patienten und lokale Behörden haben zu dringenden Maßnahmen aufgerufen, um die Finanzierung zu sichern und den Zugang zu lebensrettenden Behandlungen zu gewährleisten.

Nach der Entscheidung über den 90-tägigen Stopp der Aktivitäten der „United States Agency for International Development“ (USAID), mit der die Vereinigten Staaten das wichtigste Land für die Bereitstellung humanitärer Hilfe sind, bestätigte das Gesundheitsministerium des Bundesstaates Westäquatoria die Aussetzung des HIV- und AIDS-Programms in Yambio.

„Das Programm wurde aufgrund der US-Entscheidungen vorübergehend gestoppt. Ich habe mit dem Programmdirektor des ‚Catholic Medical Mission Board‘ (CMMB) Yambio gesprochen, und er versicherte mir, dass die Gespräche noch andauern. Wir erwarten, dass wir bald weitere Informationen erhalten“, sagte Gesundheitsminister James Abdallah Arona gegenüber der lokalen Presse.

Der Minister zeigte sich besorgt über die Auswirkungen der Entscheidung des US-amerikanischen Präsidenten und wies darauf hin, dass das Programm in hohem Maße von internationalen Gebern, darunter vor allem USAID und Schweden, abhängig sei. „Unter der Einstellung der Finanzierung werden alle kranken Menschen leiden. Ich fordere die nationale Regierung und unsere Partner auf, Wohltäter einzubinden, um die weitere Unterstützung für unsere gefährdete Bevölkerung sicherzustellen“, sagte Arona.

„Wir wurden angewiesen, alle laufenden Dienste ohne Vorankündigung einzustellen. Bevor wir den Betrieb einstellten, informierten wir alle Gesundheitsabteilungen im Bezirk über die Entwicklung“, sagte der Leiter der Abteilung für die Prävention der Mutter-Kind-Übertragung (PMTCT) des CMMB Yambio „Die Regierung muss schnell handeln, um weiteres Leid zu verhindern. Die Auswirkungen dieser Aussetzung könnten verheerend sein“, betonte er.

USAID wurde 1961 mit dem Ziel gegründet, die weltweite Armut zu bekämpfen, humanitäre Hilfe für Länder zu leisten, die von Konflikten oder gesundheitlichen Notlagen betroffen sind, und die Entwicklung demokratischer Gesellschaften durch die Verbesserung ihres Potenzials zu unterstützen. Seit den 1980er Jahren arbeitet USAID in den Bereichen Ernährungssicherheit, Recht auf Bildung und humanitäre Hilfe und konzentriert sich dabei auf die Bekämpfung der Ausbreitung pandemischer Bedrohungen und Krankheiten wie HIV und Malaria sowie auf die Unterstützung der Gesundheit von Müttern und Kindern.

(AP) (Fides 5/2/2025)

# Vietnam: Einheit im gespaltenen Land

**Dass in diesem kommunistischen Land trotz Christenverfolgung eine nationale Evangelische Allianz gegründet werden konnte, grenzt an ein Wunder.**

(AVC) Vietnam ist in vielerlei Hinsicht gespalten. Es hat eine Teilung in Norden und Süden sowie einige Kriege hinter sich. Seit ein paar Jahren haben die Christen zu einer neuen, starken Einheit gefunden.

Vietnam ist von Stammesdenken, vielen Sprachen und großen demografischen Unterschieden geprägt. Auch die rund zwei Prozent evangelischer Christen waren stark zersplittert. Sie werden durch den Staat, ihr Umfeld und ihre Familien kontrolliert, überwacht, diskriminiert, unter Druck gesetzt und verfolgt. Dennoch konnten sie nicht zu einer verbindlichen Einheit zusammenfinden. Mitten in einem ausgeprägten Verfolgungskontext waren sie aufgrund vieler Unterschiede uneins und zerstritten.

Jahrelange Vermittlungsarbeit, viel Gebet und persönliche Treffen führten aber dazu, dass im September 2020 die nationale Evangelische Allianz gegründet werden konnte. 36 Gemeinden, Denominationen und Organisationen schlossen sich zur Vietnam **Evangelical Alliance VEA** zusammen. Heute sind es bereits 43 Mitglieder.

Von Anfang an war unser AVC-Partner in Vietnam maßgeblich an diesem Prozess beteiligt. Reverend Ho Tan Khoa, Präsident der VEA, formuliert das Ziel der vietnamesischen Allianz so: «Unsere Vision ist es, die Kirche in Vietnam zu vereinen, die Zusammenarbeit und Partnerschaft zu stärken, die Evangelisation und den Gemeindebau unter den 54 Stämmen im ganzen Land voranzubringen und den Menschen zu dienen.»

Die neue, starke Einheit unter den evangelischen Christen ist dem vietnamesischen Staat ein Dorn im Auge. Wiederholt wurden Meetings von der Polizei aufgelöst. Und für das letzte nationale Treffen im Oktober erteilte die Regierung lediglich die Bewilligung für einen Tag. Doch die Leiterinnen und Leiter sind kreativ – ohne weitere Details zu nennen.

## **Wir beten,**

...dass die VEA, erfüllt mit dem Heiligen Geist, das Evangelium in ganz Vietnam verkündet,

...dass die Gemeindeleiter weise und bibeltreu lehren,

...dass die junge Generation zunehmend Verantwortung übernehmen kann.

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]